

Bezugspreis:

Wochenschrift 720 M., monatlich 2 50 M., ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokratisches Ver. in.“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Einzelnummernpreis: Die sozialdemokratische ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 24. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Russland, Deutschland und die Entente.

Tschitscherin über die militärische Lage.

Tschitscherins Ausspruch an Budapest.

Wien, 23. März. (Korrespondenz.) Der Minister des Auswärtigen Tschitscherin richtete an den Volkskommissar für ...

Die fliegende ausländische Presse bemerkt dazu, daß es nicht ...

Kommunistenfundgebung in Wien.

Wien, 23. März. (Korrespondenz.) Nach den bei einigen hiesigen ...

Am Nachmittag demonstrierten die Kommunisten vor dem ...

Das tschechische Sozialistenblatt gegen einen neuen Krieg.

Prag, 21. März. Das sozialdemokratische Blatt „Pravo Lidu“ ...

Der drohende Generalstreik in England.

Weitgehendste Angelegenheiten an die Arbeiter.

Genf, 24. März. (Nachricht der „Telegraphen-Kompagnie“.) ...

Wie das Blatt weiter berichtet, bezieht trotz aller Schwierigkeiten ...

„Der endgültige Friede“.

Bern, 21. März. (Nachricht der „Telegraphen-Kompagnie“.) ...

Vorbereitung des Parteitag.

Weimar, 24. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) ...

Die Tagesordnung des Parteitages ist wie folgt festgesetzt worden:

Berichte des Parteivorstandes, Referenten: Otto Weiskopf und ...

Die Organisation der Partei, Referat der Organisationskommission.

Die Parteipresse Referat der Pressekommmission.

Die Aufgaben der Partei in der Republik, Referent: Scheidemann.

Bericht der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung; Referent bestimmt die Fraktion.

Die Neuverteilung des Reichs in Wahlbezirke auf Grund der ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Da die Genossen Ebert und Scheidemann nach ihrem ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Die Konferenz stimmte einstimmig dem Vorschlag zu, die ...

Das letzte Mittel.

Von Friedrich Stampfer.

Der sozialdemokratische Parteiausschuss hat gestern in gemeinsamer Sitzung mit der Fraktion der Nationalversammlung ...

Die ganze sozialdemokratische Partei hält an der Auffassung fest, daß die gewalttätige Herrschaft einer Minderheit ...

Der Sieg des demokratischen Sozialismus in der Welt wird aber in höchstem Maße dadurch gefährdet, daß die ...

Und der Bolschewismus ändert sein Gesicht. Als Feind der Landesverteidigung trat er auf den Plan, als solcher haben wir ihn bekämpft. Wenn Kader ...

Jetzt erscheint der Bolschewismus in Ungarn als das allerletzte Mittel gegen nationale Unterdrückung. Zielbewußt und kaltblütig wird er dort als ...

Seit dem Fall Ungarn hört man hierzulande an allen Ecken und Enden die Bemerkung, in Deutschland würde es auch noch so kommen. So — das heißt, ohne Kampf ...

Aber solcher Entschluß will wohl bedacht sein. Menschenleben, ungezählte, hängen an ihm. Leben von Frauen und Kindern! Die ...

Ein so vollkommener Friedensfreund wie der Professor Förster hat einmal Englands Verhalten gegenüber Deutschland so gezeichnet: England suche ein großes Volk ...

Jetzt ist es soweit. Der Hunger hat uns aus unserer Höhle getrieben und wir betteln um Brot. Der Feind aber sieht vor uns und sagt: Gib uns deine Kolonien! Gib uns Datschi, das Saarrevier, das Rheinland, Deutschösterreich. Beweise deine Reue, mache gut, stelle wieder her, zahle!

In Baden, Togen können wir vor die Frage stehen, ob wir, um Lebensmittel für drei Monate zu erhalten, uns in vierzigjährige unerträgliche Schuldverschuldung begeben, ob wir für Kartoffeln, Brot, Speck und Solpabohnen Millionen und Abemillionen unserer Volksgenossen an eine fremde Herrschaft ausliefern sollen.

Die Nichtumkehrung des Friedensvertrages bedeutet freilich noch nicht kompromisslose Übergabe an den Bolschewismus, bedeutet — viellecht — auch noch nicht den schlimmsten Hungererlöblich. Denn was wollen wir? Einen Frieden nach den Grundsätzen Wilsons, einen Frieden, wie ihn die Neutralen, die Sozialisten der feindlichen Länder und

Arbeiterwahltag in Hamburg.

Bei den Arbeiterwahlen in Hamburg am Sonntag erhielt die Liste ...

Bei den Arbeiterwahlen in Hamburg am Sonntag erhielt die Liste ...

Vollversammlung der A. und S.-Räte Groß-Berlins.

Stellungnahme zum Kongress

Laute die Tagesordnung der Vollversammlung der A. und S.-Räte, die heute vormittag 10 1/2 Uhr im Germaniaaal eröffnet wurde.

Zuf. Vorsitz des Vorsitzenden Neue soll sich die Erörterung zunächst auf die Wahlen zum Kongress beziehen.

Der Eintritt in die Tagesordnung teilte Richard Müller mit, daß die Erörterung des Weisungsbefehls des Reichspräsidenten zur Aufhebung des Kongresses zu beenden, die sechs Arbeiterräte zu benennen, die zusammen mit sechs Mitgliedern der Reichsverwaltung Grundlagen für das Zusammenarbeiten der Arbeiterräte mit den Gewerkschaften auszuarbeiten solle. Die sechs Arbeiterräte sollen nach Einverständnis der Versammlung ohne Unterschied der Partei bestimmt werden.

Von dem der vorigen Vollversammlung gefassten Beschluß, den Soldatenräten der Armeeformation je zwei Delegierte zum Kongress zuzugewähren, hat der Zentralrat abgesehen.

Hierauf trat die Versammlung in die Tagesordnung ein.

Richard Müller, Mitglied des Zentralrats, äußerte sich zunächst über die Ablehnung der Reichsverwaltung. Da auf 250 000 Einwohner ein Arbeiterrat als Honorarbesitzer kommt, so könnte der Zentralrat nicht für 10 000 Mann eines Armeeformation zwei Delegierte zuweisen. Das würde ja allen demokratischen Grundgesetzen widersprechen.

Der Redner ging zu der Besprechung der Wahlen über. Er betont, daß der 8. April ein so früher Termin für den Kongress sei, daß er kein getreues Spiegelbild der Stimmung der Bevölkerung geben könne. Aber dieser Zeitpunkt sei nun festgesetzt und am nächsten Sonntag werde in ganz Deutschland gewählt. (Ruzik: Es wird nicht gewählt. Das bestimmen wir.) Wenn das von einer anderen Seite bestimmt werden sollte, so unterschätze ich, daß gewählt wird. In den Fällen, wo nicht gewählt werden sollte, wird der Kongress die Mandate der betreffenden Delegierten sehr genau zu prüfen haben. (Der Redner wurde hier von lauten Protesten und Zwischenrufen unterbrochen. Der Vorsitzende Neue ersuchte die Mitglieder, derartige unparlamentarische Einwürfe zu unterlassen.) Der Vollzugsrat hat ja mit 9 gegen 8 Stimmen sich für die aufgeschriebenen Bezirkswahlen entschieden. Wie ist aber erklärt worden, der Vollzugsrat könne den Beschluß nicht ausführen, weil derselbe von den beiden Vorsitzenden des Vollzugsrats unterzeichnet werden müsse, der eine Vorsitzende aber seine Unterschrift verweigert habe. (Ruzik links.) Hiernach müßte dem Zentralrat nichts übrig, als selbst die Wahlen auszuführen. Verteilen Sie sich an diesen Wahlen, damit ein getreues Bild der Meinung der Berliner Arbeiterschaft zuhande kommt.

Derz. (Kommunist) begründet folgenden Antrag:

Die Versammlung lehnt die Wahlen der Arbeiterräte auf Grund von Bezirkswahlen ab, da sie den Arbeitern nicht den nötigen Einfluß gewähren würden. Die Versammlung lehnt auch die Teilnahme an einem auf Grund von Bezirkswahlen zustande gekommenen Kongress ab. Da der Zentralrat, der seine Mandate der Nationalversammlung zurückgegeben hat, nicht mehr zu Recht besteht, so wird der Vollzugsrat beauftragt, einen Kongress der A. und S.-Räte Deutschlands einzuberufen, der auf Grund von Betriebswahlen zusammengeführt werden muß.

Der Redner bittet unter anderem um, ein Kongress nach dem dem Zentralrat bestimmten Wahlmodus keine positive Arbeit im Sinne des Sozialismus leisten. Die Haltung des Zentralrats lasse erkennen, daß er den Kongress sabotieren und die Arbeiterräte an die Wand drücken wolle. Durch den ihm bestimmten Wahlmodus wolle der Zentralrat erreichen, daß auch das reaktionäre

Bürgertum auf dem Kongress in größerer Zahl vertreten sei. Die Arbeiter würden sich ihre Rechte nicht nehmen lassen. Von dem Risiko in Weimar hätten die Arbeiter wenig zu erwarten. Wenn die Wahlen sollen gleiche Verhältnisse sein. Es sei also mit der Möglichkeit zu rechnen, daß zwei Kongresse nebeneinander kämen. Aber vielleicht sei der Zentralrat zu einem Kompromiß bereit. Um dem Konflikt aus dem Wege zu gehen. Sollte unser Antrag hier nicht angenommen werden, dann wenden wir uns an die Arbeiter Berlins mit der Aufforderung, sich nicht an den Wahlen zu beteiligen. Wenige Arbeiter werden bereit sein, die Wahlwahlen mitzumachen. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Wenn es doch geschehen sollte, dann wird unsere Partei einen noch härteren Kampf aus den Reihen der Mehrheitssozialisten erhalten. (Lebhafter Widerspruch rechts.) als es in der letzten Zeit so schon der Fall ist. Unser fortwährendem Widerspruch der rechten und linken Seite beschimpfte der Redner die Mehrheitssozialisten als eine unheilvolle Waise, die blindlings den Führern folge, nur die wenigen, die zur Erkenntnis kommen, schließen sich den Kommunisten an. Hier sehe man ja in den Reihen der Mehrheitssozialisten manche dumme Bisage. (Entrüstung. Vorsitzender Neue unterlag die unparlamentarischen Ausdrücke des Redners und ersucht ihn, zur Sache zu sprechen.) das wirtschaftliche Leben nicht zur Ruhe komme — und es werde nicht eher zur Ruhe kommen, als bis die Arbeiter ihre Forderungen durchgesetzt haben — dann seien diejenigen daran schuld, die den Arbeitern ihre Rechte vorenthalten. Jetzt gelte es, eine Verwirklichung des Kongresses abzuwehren. Das wenige, was den Arbeitern von den Ertragsleistungen der Revolution übrig geblieben sei, dürfe ihnen nicht genommen werden. Eine Vollversammlung der Arbeiterräte von Oberschlesien, die aus Mitgliedern aller drei sozialistischen Parteien zusammengefaßt sei, habe die Bezirkswahlen abgelehnt und sich für die politische und wirtschaftliche Macht der Arbeiterräte erklärt. Auch in anderen

Der Redner behauptete, im April sei ein neuer Versuch geplant. Die Regierung wisse davon, sie tue aber nichts, um dem vorzubeugen. Sie habe die Absicht, ein neues Wahlgesetz zu veranlassen.

Derz. (Kommunist) beantragt, die Vertreter der bürgerlichen Presse und des „Vorwärts“ von der Versammlung auszuschließen.

Derz. Neue machte darauf aufmerksam, daß die vorige Versammlung diesen Antrag bereits abgelehnt habe.

Richard Müller sprach gegen den Antrag. Es sei richtig, daß in der bürgerlichen Presse und im „Vorwärts“ Lügen verbreitet werden, aber daran würde durch die Anwesenheit der Berichtserichter nichts geändert. Am Gegenteil. Der Ausschluß würde Anlaß zu neuen Angriffen auf die linksstehenden Arbeiter geben. Wenn es nach unserem Gefühl ginge — sagte Müller — dann würden wir alle hinausjagen. Aber hier hat nicht das Gefühl, sondern der Verstand zu entscheiden, und der Verstand sagt den Antrag.

Die Abstimmung ergab — wie der Vorsitzende Neue feststellte — die Ablehnung des Antrages. — Gegen diese Feststellung wurde auf der linken Seite förmlicher Widerspruch erhoben und behauptet, die Mehrheit sei für Annahme des Antrages gewesen. — Einige behaupteten, der Antrag sei abgelehnt, während das ganze Bureau (Mehrheitssozialisten und Unabhängige) die Ablehnung konstatierten. Hierauf wurde die Abstimmung, auch namentlich die Abstimmung des Bureaus, durch den Vorsitzenden der Kommunisten als nichtig erklärt, erkannte die Versammlung die Feststellung des Bureaus an. Die Vertreter der Presse konnten also bleiben.

Bei Schluß des Vortages dauerte die Sitzung noch fort.

zu sehen, Leute, die es verstehen, nicht nur mit den Unternehmern, sondern auch mit den Arbeitern zu verhandeln und ihren Wünschen Verständnis entgegenzubringen.

Die heutige Erfahrung zeigt, daß diese Arbeiter beim Demobilisierungsgeld gemacht, was man sonst gegen die Tätigkeit dieses Geldes sagen, was man will. In der Ausnahmestellung dieses Geldes scheint ein der neuen Zeit entsprechender Geist zu herrschen, das ist meine persönliche Überzeugung. Als Obmann eines Arbeiterausschusses gelang es mir nach langen Bemühungen, diese Ausnahmestellung ausfindig zu machen und ich trug ihr einen Teil über Lohnbeziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor. Ein zweites Mal stand man mit in einer Frage über die Erwerbslosenfürsorge mit Rat und Tat zur Seite. Man fragte weder nach Zukünftigkeit, noch gab man die Sachen einer anderen Stelle weiter, sondern man half — und der Erfolg war da. Ich habe die Tätigkeit dieser Stelle besonders hervor, weil sie so ganz aus dem Rahmen der gleichen Stellen bei anderen Ämtern und Behörden herausfällt.

Bei allen Ämtern müßten solche Ausnahmestellen mit richtiger Besetzung der einzelnen Posten eingerichtet werden, damit würde dem Publikum viel Kauferei, Zeit und Ärger erspart.

Der Deutsche Portierverband, welcher in einem Kartellverträge mit dem Deutschen Transportarbeiterverbande steht, hatte in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Weinmeister Str. 15, eine öffentliche Versammlung aller Bahn-, Geschäfts- und Industriehausportiers und Nachstrahlführer Groß-Berlins einberufen, in welcher Genosse Schmal die bisherigen Ertragsleistungen der Revolution, soweit die Portiers und Berufsbesitzer daran partizipieren, kritisch unter die Lupe nahm. Beim besten Willen war es dem Referenten nicht möglich, einen Fortschritt in wirtschaftlicher Beziehung zu konstatieren. Im Gegenteil, die rege Diskussion erbrachte den Beweis dafür, daß der Weizen der Hausgüter trotz des 9. November blüht, und daß die reaktionären Elemente dieser Herren durch die politischen Ursachen keineswegs gerührt wurden. Einen großen Teil Schuld daran trägt auch die rechtlose Stellung der Portiers, die bis heute von der sozialen sowie Gewerbebegehung noch nicht erfaßt sind. Eine zeitgemäße Regelung der Lohnfrage sowie der Arbeitszeit bedarf für die meisten Kollegen noch nicht. Einstimmig wurde deshalb folgende Resolution angenommen: Die in der Aula des Sophien-Realgymnasiums versammelte Portiers und Nachstrahlführer Groß-Berlins erklären sich mit dem in der „Deutschen Portierzeitung“ veröffentlichten Tarifentwurf einverstanden, trotzdem derselbe der heutigen Lage durchaus noch nicht entspricht und die darin enthaltenen Lohnsätze außerst niedrig angesetzt sind. Die Versammlung beauftragt die Verbandsleitung, alles zu tun, um diesem Entwurf Geltung zu verschaffen, und zwar lediglich aus dem Grunde, um endlich einmal zu einer tariflichen Grundlage und besonders zur Befreiung von Minimallohn zu kommen.

Der Deutsche Portierverband, welcher in einem Kartellverträge mit dem Deutschen Transportarbeiterverbande steht, hatte in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Weinmeister Str. 15, eine öffentliche Versammlung aller Bahn-, Geschäfts- und Industriehausportiers und Nachstrahlführer Groß-Berlins einberufen, in welcher Genosse Schmal die bisherigen Ertragsleistungen der Revolution, soweit die Portiers und Berufsbesitzer daran partizipieren, kritisch unter die Lupe nahm. Beim besten Willen war es dem Referenten nicht möglich, einen Fortschritt in wirtschaftlicher Beziehung zu konstatieren. Im Gegenteil, die rege Diskussion erbrachte den Beweis dafür, daß der Weizen der Hausgüter trotz des 9. November blüht, und daß die reaktionären Elemente dieser Herren durch die politischen Ursachen keineswegs gerührt wurden. Einen großen Teil Schuld daran trägt auch die rechtlose Stellung der Portiers, die bis heute von der sozialen sowie Gewerbebegehung noch nicht erfaßt sind. Eine zeitgemäße Regelung der Lohnfrage sowie der Arbeitszeit bedarf für die meisten Kollegen noch nicht. Einstimmig wurde deshalb folgende Resolution angenommen: Die in der Aula des Sophien-Realgymnasiums versammelte Portiers und Nachstrahlführer Groß-Berlins erklären sich mit dem in der „Deutschen Portierzeitung“ veröffentlichten Tarifentwurf einverstanden, trotzdem derselbe der heutigen Lage durchaus noch nicht entspricht und die darin enthaltenen Lohnsätze außerst niedrig angesetzt sind. Die Versammlung beauftragt die Verbandsleitung, alles zu tun, um diesem Entwurf Geltung zu verschaffen, und zwar lediglich aus dem Grunde, um endlich einmal zu einer tariflichen Grundlage und besonders zur Befreiung von Minimallohn zu kommen.

Das weitere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, daß die Portiers und Berufsbesitzer reiflich der Gewerkschaften unterstellt werden. Kollege Dampel regte an, danach zu streben, daß der sogenannte „Arbeitsmarkt“ aus den Tageszeitungen verschwindet, denn dieses Inseratentum sei ein Verstoß gegen die Brüderlichkeit. Der städtische Arbeitsnachweis sei als obligatorisch zu betrachten. In Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit unter den Berufsbesitzern wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, die privaten Fahrkutschführer zu prüfen. Bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes ist es als großer Anfang zu betrachten, wenn durch diese Schulen den Arbeitslosen nach und nach der Kampf gelöst wird. — Die nächste öffentliche Versammlung wird durch Inzerat im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Der Deutsche Portierverband, welcher in einem Kartellverträge mit dem Deutschen Transportarbeiterverbande steht, hatte in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Weinmeister Str. 15, eine öffentliche Versammlung aller Bahn-, Geschäfts- und Industriehausportiers und Nachstrahlführer Groß-Berlins einberufen, in welcher Genosse Schmal die bisherigen Ertragsleistungen der Revolution, soweit die Portiers und Berufsbesitzer daran partizipieren, kritisch unter die Lupe nahm. Beim besten Willen war es dem Referenten nicht möglich, einen Fortschritt in wirtschaftlicher Beziehung zu konstatieren. Im Gegenteil, die rege Diskussion erbrachte den Beweis dafür, daß der Weizen der Hausgüter trotz des 9. November blüht, und daß die reaktionären Elemente dieser Herren durch die politischen Ursachen keineswegs gerührt wurden. Einen großen Teil Schuld daran trägt auch die rechtlose Stellung der Portiers, die bis heute von der sozialen sowie Gewerbebegehung noch nicht erfaßt sind. Eine zeitgemäße Regelung der Lohnfrage sowie der Arbeitszeit bedarf für die meisten Kollegen noch nicht. Einstimmig wurde deshalb folgende Resolution angenommen: Die in der Aula des Sophien-Realgymnasiums versammelte Portiers und Nachstrahlführer Groß-Berlins erklären sich mit dem in der „Deutschen Portierzeitung“ veröffentlichten Tarifentwurf einverstanden, trotzdem derselbe der heutigen Lage durchaus noch nicht entspricht und die darin enthaltenen Lohnsätze außerst niedrig angesetzt sind. Die Versammlung beauftragt die Verbandsleitung, alles zu tun, um diesem Entwurf Geltung zu verschaffen, und zwar lediglich aus dem Grunde, um endlich einmal zu einer tariflichen Grundlage und besonders zur Befreiung von Minimallohn zu kommen.

Das weitere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, daß die Portiers und Berufsbesitzer reiflich der Gewerkschaften unterstellt werden. Kollege Dampel regte an, danach zu streben, daß der sogenannte „Arbeitsmarkt“ aus den Tageszeitungen verschwindet, denn dieses Inseratentum sei ein Verstoß gegen die Brüderlichkeit. Der städtische Arbeitsnachweis sei als obligatorisch zu betrachten. In Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit unter den Berufsbesitzern wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, die privaten Fahrkutschführer zu prüfen. Bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes ist es als großer Anfang zu betrachten, wenn durch diese Schulen den Arbeitslosen nach und nach der Kampf gelöst wird. — Die nächste öffentliche Versammlung wird durch Inzerat im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Das weitere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, daß die Portiers und Berufsbesitzer reiflich der Gewerkschaften unterstellt werden. Kollege Dampel regte an, danach zu streben, daß der sogenannte „Arbeitsmarkt“ aus den Tageszeitungen verschwindet, denn dieses Inseratentum sei ein Verstoß gegen die Brüderlichkeit. Der städtische Arbeitsnachweis sei als obligatorisch zu betrachten. In Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit unter den Berufsbesitzern wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, die privaten Fahrkutschführer zu prüfen. Bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes ist es als großer Anfang zu betrachten, wenn durch diese Schulen den Arbeitslosen nach und nach der Kampf gelöst wird. — Die nächste öffentliche Versammlung wird durch Inzerat im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Das weitere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, daß die Portiers und Berufsbesitzer reiflich der Gewerkschaften unterstellt werden. Kollege Dampel regte an, danach zu streben, daß der sogenannte „Arbeitsmarkt“ aus den Tageszeitungen verschwindet, denn dieses Inseratentum sei ein Verstoß gegen die Brüderlichkeit. Der städtische Arbeitsnachweis sei als obligatorisch zu betrachten. In Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit unter den Berufsbesitzern wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, die privaten Fahrkutschführer zu prüfen. Bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes ist es als großer Anfang zu betrachten, wenn durch diese Schulen den Arbeitslosen nach und nach der Kampf gelöst wird. — Die nächste öffentliche Versammlung wird durch Inzerat im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Das weitere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, daß die Portiers und Berufsbesitzer reiflich der Gewerkschaften unterstellt werden. Kollege Dampel regte an, danach zu streben, daß der sogenannte „Arbeitsmarkt“ aus den Tageszeitungen verschwindet, denn dieses Inseratentum sei ein Verstoß gegen die Brüderlichkeit. Der städtische Arbeitsnachweis sei als obligatorisch zu betrachten. In Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit unter den Berufsbesitzern wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, die privaten Fahrkutschführer zu prüfen. Bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes ist es als großer Anfang zu betrachten, wenn durch diese Schulen den Arbeitslosen nach und nach der Kampf gelöst wird. — Die nächste öffentliche Versammlung wird durch Inzerat im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Das weitere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, daß die Portiers und Berufsbesitzer reiflich der Gewerkschaften unterstellt werden. Kollege Dampel regte an, danach zu streben, daß der sogenannte „Arbeitsmarkt“ aus den Tageszeitungen verschwindet, denn dieses Inseratentum sei ein Verstoß gegen die Brüderlichkeit. Der städtische Arbeitsnachweis sei als obligatorisch zu betrachten. In Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit unter den Berufsbesitzern wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, die privaten Fahrkutschführer zu prüfen. Bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes ist es als großer Anfang zu betrachten, wenn durch diese Schulen den Arbeitslosen nach und nach der Kampf gelöst wird. — Die nächste öffentliche Versammlung wird durch Inzerat im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Das weitere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, daß die Portiers und Berufsbesitzer reiflich der Gewerkschaften unterstellt werden. Kollege Dampel regte an, danach zu streben, daß der sogenannte „Arbeitsmarkt“ aus den Tageszeitungen verschwindet, denn dieses Inseratentum sei ein Verstoß gegen die Brüderlichkeit. Der städtische Arbeitsnachweis sei als obligatorisch zu betrachten. In Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit unter den Berufsbesitzern wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, die privaten Fahrkutschführer zu prüfen. Bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes ist es als großer Anfang zu betrachten, wenn durch diese Schulen den Arbeitslosen nach und nach der Kampf gelöst wird. — Die nächste öffentliche Versammlung wird durch Inzerat im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Das weitere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, daß die Portiers und Berufsbesitzer reiflich der Gewerkschaften unterstellt werden. Kollege Dampel regte an, danach zu streben, daß der sogenannte „Arbeitsmarkt“ aus den Tageszeitungen verschwindet, denn dieses Inseratentum sei ein Verstoß gegen die Brüderlichkeit. Der städtische Arbeitsnachweis sei als obligatorisch zu betrachten. In Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit unter den Berufsbesitzern wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, die privaten Fahrkutschführer zu prüfen. Bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes ist es als großer Anfang zu betrachten, wenn durch diese Schulen den Arbeitslosen nach und nach der Kampf gelöst wird. — Die nächste öffentliche Versammlung wird durch Inzerat im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Das weitere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, daß die Portiers und Berufsbesitzer reiflich der Gewerkschaften unterstellt werden. Kollege Dampel regte an, danach zu streben, daß der sogenannte „Arbeitsmarkt“ aus den Tageszeitungen verschwindet, denn dieses Inseratentum sei ein Verstoß gegen die Brüderlichkeit. Der städtische Arbeitsnachweis sei als obligatorisch zu betrachten. In Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit unter den Berufsbesitzern wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, die privaten Fahrkutschführer zu prüfen. Bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes ist es als großer Anfang zu betrachten, wenn durch diese Schulen den Arbeitslosen nach und nach der Kampf gelöst wird. — Die nächste öffentliche Versammlung wird durch Inzerat im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Das weitere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, daß die Portiers und Berufsbesitzer reiflich der Gewerkschaften unterstellt werden. Kollege Dampel regte an, danach zu streben, daß der sogenannte „Arbeitsmarkt“ aus den Tageszeitungen verschwindet, denn dieses Inseratentum sei ein Verstoß gegen die Brüderlichkeit. Der städtische Arbeitsnachweis sei als obligatorisch zu betrachten. In Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit unter den Berufsbesitzern wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, die privaten Fahrkutschführer zu prüfen. Bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes ist es als großer Anfang zu betrachten, wenn durch diese Schulen den Arbeitslosen nach und nach der Kampf gelöst wird. — Die nächste öffentliche Versammlung wird durch Inzerat im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Das weitere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, daß die Portiers und Berufsbesitzer reiflich der Gewerkschaften unterstellt werden. Kollege Dampel regte an, danach zu streben, daß der sogenannte „Arbeitsmarkt“ aus den Tageszeitungen verschwindet, denn dieses Inseratentum sei ein Verstoß gegen die Brüderlichkeit. Der städtische Arbeitsnachweis sei als obligatorisch zu betrachten. In Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit unter den Berufsbesitzern wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, die privaten Fahrkutschführer zu prüfen. Bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes ist es als großer Anfang zu betrachten, wenn durch diese Schulen den Arbeitslosen nach und nach der Kampf gelöst wird. — Die nächste öffentliche Versammlung wird durch Inzerat im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Das weitere wurde beschlossen, Schritte zu unternehmen, daß die Portiers und Berufsbesitzer reiflich der Gewerkschaften unterstellt werden. Kollege Dampel regte an, danach zu streben, daß der sogenannte „Arbeitsmarkt“ aus den Tageszeitungen verschwindet, denn dieses Inseratentum sei ein Verstoß gegen die Brüderlichkeit. Der städtische Arbeitsnachweis sei als obligatorisch zu betrachten. In Berücksichtigung der großen Arbeitslosigkeit unter den Berufsbesitzern wurde beschlossen, den Polizeipräsidenten zu veranlassen, die privaten Fahrkutschführer zu prüfen. Bei dem vollkommenen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes ist es als großer Anfang zu betrachten, wenn durch diese Schulen den Arbeitslosen nach und nach der Kampf gelöst wird. — Die nächste öffentliche Versammlung wird durch Inzerat im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.

Groß-Berlin

Zur Schaffung eines einheitlichen Groß-Berlins

wird mitgeteilt, daß ein Eingemeinderungsentwurf Groß-Berlins vorliegt, der eine Zentralisation nach französischem Muster (Paris) vorsieht. Die örtlichen Stadiparlamente dürften aber Wahrscheinlichkeit noch völlig in der Ferne liegen. Die Ausführung der Beschlüsse des zentralen Stadiparlaments soll Bezirksverwaltungen übertragen werden, denen zur Besprechung rein örtlicher Angelegenheiten Bürgerdeputationen angegliedert werden dürften. Es liegt jedoch auch eine Reihe von Lösungsvorschlägen der preussischen Regierung vor, die sich nicht für die platte Eingemeinderungsauflösung, sondern den örtlichen Stellen einen weitgehenden Einfluß einräumen wollen.

Der Abbau der Volksschulen.

Um den Abbau der Volksschulen herbeizuführen, hatte das preussische Kultusministerium angeordnet, daß vom 1. April ab keine Aufnahmen mehr in den Volksschulen stattfinden dürften. Nun hat sich jedoch herausgestellt, daß die Durchführung dieser Verordnung auf Schwierigkeiten insbesondere finanzieller Art stößt. Für die staatlichen Anstalten ist der Termin bis Ostern 1920 hinausgeschoben worden. Den zahlreichen kommunalen höheren Lehranstalten ist die Bestimmung des Termins freigeblieben. Hieraus können sie nun noch weiter hinausgeschoben oder auch die Volksschulen sofort aufgeben.

Die Aufhebung der Gassterrunden hinausgeschoben.

Die Kohlenstelle teilt mit: Die Nachricht, daß den Gaswerken amtlich die Aufhebung der Gassterrunden nicht gemeldet sei, trifft nicht zu. Die Bekanntmachung der Aufhebung ist am Sonntagabend im „Reichsanzeiger“ erfolgt und auch am gleichen Tage sämtlichen Gaswerken von der Kohlenstelle brieflich mitgeteilt worden. Wenn die Gaswerke aus technischen Gründen den Abbau der Sperrstunden nur allmählich in 14 Tagen durchzuführen in der Lage sind, so kann dies im Interesse der davon betroffenen Verbraucher nur bedauert werden. Nach Lage der allgemeinen Kohlenversorgung war die Aufhebung der Gassterrunden notwendig, denn die Beobachtung hat ein Recht darauf, derartig drückende Maßnahmen nicht einen Tag länger aufzulegen zu erhalten, als es unbedingt erforderlich ist.

Für 200 000 M. Seitenwaren wurden in der Nacht vom Sonntag zum Montag in dem Schuhwarenhaus von Reiser, Königstraße, gestohlen.

Verst. Albert Stempel, Topazier, 30 Jahre alt, 1,70 Meter groß, blondes Haar und Schurlocken, wurde am Freitag, den 7. März, am Schönhauser Tor verwundet, im Hof-Lazarett Braueri Königsstadt verbunden und von dort mit der Feuerwehre nach dem Krankenhaus Friedrichshagen befördert, wegen der leichten Verwundung aber nicht dort behalten, seit dieser Zeit ist er nun trotz aller Nachforschungen verschwunden. — Mitteilungen nimmt der Wader, Wegestraße 42, gern entgegen.

Das Verfahren gegen eine Anzahl Matrosen der Volksmarine-Division ist eingeleitet worden, weil ihnen Strafbares nicht nachgewiesen ist. Um so dringender bedarf die Erziehung von 24 Matrosen einschließlich zweier Kasernenbeamten in der Französischen Straße der reiflichen und rücksichtslosen Aufklärung, zumal hier die schwersten Mordanklagen, so gegen einen Oberleutnant Moritz, erhoben sind.

Wortpreissteigerung. Da die Bäckermeister die Unterzeichnung des neuen Tarifs von einer Wortpreissteigerung abhängig gemacht haben und infolge der Steigerung der Rohstoffe, Gas- und Elektrizitätspreise hat der Lebensmittelverband Groß-Berlin eine Erhöhung des Wortpreises um 9 Pf. für notwendig erachtet.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Spandau. Erjag für gelagerte Kartoffelkartoffeln: 200 Gramm Gruppen. Ferner 250 Gramm Suppen, 250 Gramm Runkelrüben, 500 Gramm Gruppen oder Roggenmehl. Ab Dienstag neue Verteilung von Weidkäse. — Im Rathaus: Saatkorn und Saatkornbrot, Preis 4 M. pro Pfund. 100 Gramm ohne größere Mengen gegen Saatkorn. — In einer Anzahl Geschäfte ist noch Weich gegen Geld 219 und Kopffüßler der Kinderkassette abgegeben.

Reinickendorf. 100 Gramm Gruppen (111). Anmeldung bis 27. d. Mts.

Wartenberg. Anmeldung auf Kaffeeersatz bis heute Montag. Friedrichshagen. Kranke n. m. l. Denjenigen, die gegen Brotkarten der 13., 14. und 15. Brotwoche bereits Weichscheine auf Kronenmehl erhalten haben, wird unterfragt, für die 13. Brotwoche die Abschnitte 5, 6 und 7 sowie die später nach zu bestimmenden Abschnitte der Lebensmittelkarte Groß-Berlins zur Entnahme von Mehl zu verwenden. Diese Abschnitte sind bei dem nächsten Eintauch von Brotkarten gegen Kronenmehl abzugeben. Erfolgt trotz Verbotes Verbrauch dieser Abschnitte, so werden die späteren Brotkarten für eine entsprechende Zeit gesperrt.

Lichterfelde. 200 Gramm Rubeln (109, 110), 250 Gramm Hafersoden (31, 32), 1 Kilogramm Gemüselinsen für Jugendliche (112), Mäckerware (14).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

S. P. D. Vertrauensleute und Arbeiterräte der Staatsbetriebe Spandau

Morgen, Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, Sitzung in der Aula, Spandau, Aulanterring. Sehr wichtige Tagesordnung.

Schiller-Theater: Wie es Euch gefällt.

Shakespeares selten aufgeführte Komödie „Wie es Euch gefällt“, die man vor ein paar Wochen in der Reinhardt'schen Inszenierung sah, wird jetzt auch im Schillertheater gebracht, dessen Ensemble unter den gegebenen Verhältnissen in erster Reihe nach dem vom Publikum bevorzugten Tagesgenre des neuen Schauspiel und Lustspiels zusammengestellt ist. Um so erfreulicher ist es, daß das Wagnis es zu einem vollen Erfolge brachte, einen Erfolg, der die Direktion zur sofortigen Wiederholung solcher Werke eines höheren künstlerischen Ehrgeizes ermutigen sollte. Nach, in ununterbrochenem Fluße zogen die Bilder in der neuerlichen Bühnendarbietung — bald vor einem stilvollsten Hintergrunde, bald im Rahmen farbiger reizender Dekorationen — vorüber. Fast ohne Kürzungen, dauerte die Vorstellung doch nicht länger als drei Stunden. Die festlich frohe Stimmung, aus der das Märchenstück emporragt, ist, lang durch die meisten Szenen und hielt die Zuschauer in ihrem Bann. Die Rosalinde gab ein neues Mitglied, Anna Maria Rüdiger. Aus anfänglicher Befangenheit wuchs später in den Szenen des Ardennerwaldes, wo das Mädchen, als Jägerbüchel verkleidet, mit dem nichtahnenden Geliebten das neckische Spiel treibt, eine frei lebendige Gestalt, in welcher die Freude an Nummernspielen und der Blick diese Reizung in heitere Gemüter sich verschmolzen. Gustav Weder als Geliebter eine gleichgestimmte lustige Kameradin. Riffred Braun ein sympathischer Orlando von innig warmem Ton der Worte. Sehr gut auch Karl Czerny geistiger und dabei doch immer munterer Narr. Den Crispin Rymgo als derbes Bauernmädchen geschickt begleitet. Ebenso Herr Barchfeld, der morosan charakteristisch die Figur des schmerzvollen Jacques umriß. Von kleineren Episodenrollen sind insbesondere Renzels treuer alter Diener, Eberhardt's knauser Prediger und Adkins in der Dialekt verfliegener Liebeswärmeret trefflich gelungener Dizi zu nennen.

Industrie und Handel.

Börse.

Unter dem Eindruck der Nachrichten aus Ungarn eröffnete die Börse heute in matter Tendenz bei großer Zurückhaltung. Von Werten, deren laufende Kurse notiert werden, waren selbst Schiffahrtaktien, die in der Vorwoche so sehr bevorzugt waren, im Kurse niedriger. Auch am Montanmarkt überwiegen die Kursrückgänge. Von Elektrizitätaktien waren A.E.G. niedriger. Auch Große Berliner Elektrizitätsgesellschaft waren etwas niedriger. Von Wertpapieren wurden Cresslein u. Koppel niedriger notiert. Kriegsanleihen lagen ebenfalls etwas schwächer.

Gewerkschaftsbewegung

Vom Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung.

Label und Lob.

Vom Obmann eines Arbeiterausschusses wird uns folgendes geschrieben:

In letzter Zeit ist viel über dieses Ministerium geschrieben und von seiner Ueberleistung in andere Reichsministerien berichtet worden. Inwiefern es bezüglich der wirtschaftlichen Demobilisierung seine Aufgabe erfüllt hat, vermag ich nicht einwandfrei zu beurteilen. Nur eines möchte ich hervorheben: Und Arbeitern sind im allgemeinen überall da, wo wir unser Recht suchen, und namentlich bei den Behörden, Beamten usw., trotz unserer neuen Zeit erhebliche Schwierigkeiten bereitet worden. Wir haben nicht nur teilweise mit reaktionären Arbeitgebern so manchen Kampf auszufechten gehabt, sondern mußten erfahren, daß namentlich bei den Behörden der Bureaukratismus immer noch nicht ausgerottet ist. Mit mir werden Tausende von Arbeitern fühlen, wie verdrängt man ist, wenn man, nur um die rechte Auskunft in irgend einer Angelegenheit zu erhalten, von Ding zu Ding geschickt wird. Es scheint also auf den einzelnen Posten nicht die richtigen Leute

